

# Landtagswahl 2021 - Positionspapier Kolpingwerk Rheinland-Pfalz

Antworten des SPD-Landesverbandes Rheinland-Pfalz

## Familien fördern und eine Perspektive geben

Für das Kolpingwerk sind Familie und Familienpolitik wichtige Anliegen. Vielfältige Ehe- und Familienleistungen im Land und Bund helfen Familien wirtschaftlich und ermöglichen in vielen Bereichen soziale Teilhabe. Dennoch können Familien, Lebenspartnerschaften und Alleinerziehende von Armut betroffen sein. Vielfach ist ein Einkommen nicht ausreichend. Auch bei uns stellt sich deshalb die Frage, wie das Risiko der Kinderarmut eingegrenzt und der prekären Situation, z. B. von Alleinerziehenden mit Kindern, entgegengewirkt werden kann. Für das Kolpingwerk sind die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die Arbeitsbedingungen der Wirtschaft die zentralen Fragen, die nach wie vor unbefriedigend gelöst sind. Für uns als Verband darf es nicht sein, dass die Familie der Wirtschaft untergeordnet ist. Arbeit sollte so organisiert sein, dass sie den Belangen der Familie entspricht. Allein in Rheinland-Pfalz waren im 3. Quartal 2020<sup>1</sup> in Privathaushalten rd. 19.000 und rd. 324.000 (!) Minijobber\*innen im gewerblichen Bereich beschäftigt. Damit liegt Rheinland-Pfalz im Bundesländervergleich jeweils auf Platz 6. Die Corona-Pandemie hat in Teilbereichen zwar zu einer Reduzierung der Minijobs geführt, was jedoch im Gesamtkontext die Menschen bei Verlust eines solchen prekären Arbeitsplatzes mangels sozialer Absicherung (zum Beispiel durch die Zahlung von Kurzarbeitergeld) zum Teil von existenzsichernden, staatlichen Transferleistungen wie Grundsicherungsleistungen mindestens temporär abhängig gemacht hat.

Für uns stellen sich folgende Fragen:

**- Wie kann das nach wie vor hohe Niveau an geringfügiger Beschäftigung dauerhaft reduziert werden?**

Was wir in diesem Land brauchen, ist gute Arbeit, gut entlohnte sozialversicherungspflichtige Arbeit, von der die Menschen gut leben können und von der sie auch eine gute Rente haben. Deshalb haben wir mit der Einführung des einheitlichen gesetzlichen Mindestlohnes nicht nur die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gesteigert, sondern auch die Minijobanzahl nach unten korrigiert. Die Anstrengungen in diesem Bereich müssen aber weiter forciert werden, um die Minijobs weg von einer Sonderwirtschaftszone zu bekommen.

**- Wie kann das Risiko der Kinderarmut eingegrenzt und die Situation von Familien mit Migrationshintergrund verbessert werden?**

Die Vorbeugung und Bekämpfung von Armut bleibt eine der größten sozialpolitischen Herausforderungen unserer Zeit. Die Existenz von Armut dürfen wir in unserem Land niemals akzeptieren. Jeder Mensch hat ein Recht auf ein würdevolles Leben und gesellschaftliche Teilhabe. Kinderarmut hat ihren Ursprung im Übrigen immer ihren Ursprung in der familiären Armut. In dem von 2017 bis 2019 laufenden Beteiligungsprozess der Landesregierung „Armut begegnen – gemeinsam handeln“ haben Kommunen, Verbände und viele weitere Partnerinnen und Partner neue Instrumente zur Armutsbekämpfung erarbeitet. Erste konkrete Maßnahmen daraus werden bereits umgesetzt: Dazu gehören beispielsweise die „Orte des Zusammenhalts“ als niedrigschwellige Projekte im Sozialraum, die mit bis zu 60.000 Euro im Jahr gefördert werden können. Ein weiteres Programm fördert Projekte für Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien, um deren Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu verbessern, wobei wir keine Unterscheidung treffen nach der Herkunft.

**- Mit welchen Maßnahmen bzw. ergänzenden Maßnahmen über die aktuellen gesetzlichen Regelungen hinaus, kann eine familienfreundliche Arbeitswelt gefördert werden?**

Familien finden bei uns hervorragende Rahmenbedingungen vor. Wie kaum ein anderes Bundesland steht Rheinland-Pfalz für eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Die Gebührenfreiheit in der Bildung, das flächendeckende Ganztagsangebot und der Ausbau der Ferienbetreuung kommen direkt den Familien zugute. Mit unserer Wohnraumförderung schaffen wir außerdem mehr Platz für Familien.

## Erwachsenenbildung im Blick behalten

Bildungsarbeit ruht auf vier Säulen: Schule, Hochschule, berufliche Bildung und Erwachsenenbildung. Gerade im Bereich der Erwachsenenbildung, zu der neben Volkshochschulen auch die verschiedenen freien und kirchlichen Anbieter gehören, gab es durch die Corona-Pandemie große Einbrüche. Zumal die Politik nur für die ersten drei Säulen, nicht aber für die Erwachsenenbildung ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stellt. Letzter Bereich scheint bei der Konzeption von Corona-Hilfen und Regelungen schlicht „vergessen“ worden zu sein. Dabei ist Erwachsenenbildung in vielerlei Hinsicht eine wichtige Unterstützung für gesellschaftliche Themen: wirtschaftlich im Sinne von Qualifizierung (Hardskills sowie Softskills), aber auch durch die Förderung demokratischer Prozesse und Haltungen. Die sechs staatlich anerkannten Weiterbildungsorganisationen und die Volkshochschulen in Rheinland-Pfalz realisieren jedes Jahr ein Gesamtunterrichtsstundenvolumen von knapp 850.000 Unterrichtseinheiten. Fast 800.000 Frauen und Männer besuchen die Bildungsangebote.

Im Weiterbildungsgesetz des Landes Rheinland-Pfalz wird Weiterbildung als wesentlicher Bestandteil des rheinland-pfälzischen Bildungswesens und öffentliche Aufgabe verstanden. Dennoch gibt es seit vielen Jahren im zuständigen Ministerium keine eigenständige Abteilung für Weiterbildung. Sie ist vielmehr Teil der Haushaltsabteilung. Das hat zu einem deutlichen Verlust in der Reputation und Wahrnehmung des Weiterbildungsressorts geführt.

Viele Weiterbildungseinrichtungen und Bildungshäuser sind aufgrund der Pandemie in ihrer Existenz gefährdet. Um die Menschen in ihren Lebenssituationen zu erreichen, braucht Erwachsenenbildung die Akteur\*innen und Orte mit ihrer jeweils eigenen Kultur. Beides muss von der Politik unterstützt werden.

Für uns stellen sich folgende Fragen:

### **- Welche konkreten Schritte müssen Ihrer Meinung nach unternommen werden, um im Bereich der Erwachsenenbildung bei den Corona-Hilfen nachzusteuern?**

Lebenslanges Lernen und Weiterbildung sind Grundpfeiler unserer von Wissen geprägten Gesellschaft. Das bedingt ein klares Bekenntnis zur zweiten und dritten Chance für alle Menschen. Grundbildung und das Nachholen von Schulabschlüssen gehören ebenso dazu wie die notwendige Umstellung auf digitale Weiterbildungsmöglichkeiten, beschleunigt durch die Corona-Pandemie. Den geänderten Rahmenbedingungen und dem gestiegenen Bedarf an Kompetenz, an Beratung und an digitalen Formaten hat der rheinland-pfälzische Landtag mit einer Erhöhung der Haushaltsmittel für das Jahr 2021 um über 800.000 Euro Rechnung getragen.

Analog zum Digitalpakt Schule werden wir uns auf Bundesebene für einen Digitalpakt Weiterbildung einsetzen, denn die Transformation ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die kein Bundesland allein tragen kann.

Im Land Rheinland-Pfalz haben wir unsere politische Schwerpunktsetzung bereits dadurch untermauert, dass die Mittel für die Weiterbildung in dieser Legislaturperiode um 37 % erhöht worden sind. Wir haben in Grundbildung und digitale Weiterbildung einen Aufwuchs von etwa 1,3 Millionen Euro (650.000 € p.a.) im Doppelhaushalt 2019/20 zusätzlich investiert.

### **- Wie werden Sie sich in der nächsten Legislaturperiode für die anerkannten Weiterbildungsorganisationen und die Volkshochschulen als vierte Säule des Bildungswesens einsetzen?**

Wir werden unsere vielfältige Fort- und Weiterbildungslandschaft sichern. Wir wollen die politische Erwachsenenbildung weiter stärken und die Förderung von entsprechenden Angeboten ausbauen, Dabei leisten unsere Volkshochschulen mit ihrer kommunalen Verankerung und die Weiterbildungsorganisationen in freier Trägerschaft einen zentralen Beitrag zur Gewährleistung eines flächendeckenden Angebots in unserem Land. Wir etablieren damit eine „Kultur der zweiten Chance“.

Weiterbildung schafft Teilhabe in der Gesellschaft - in den Bereichen Alphabetisierung und Grundbildung bestehen in Rheinland-Pfalz bereits breite Angebote und mit dem GrubiNetz eine einmalige Infrastruktur, die diese Angebote für alle Menschen in Rheinland-Pfalz sichtbar und zugänglich macht.

Die Anforderungen an Alphabetisierung und Grundbildung wachsen durch den technologischen Wandel in der Gesellschaft. Daher wollen wir weiter daran arbeiten, die Angebote der allgemeinen und der digitalen Alphabetisierung auszubauen und gezielt dafür sorgen, dass niemand in Rheinland-Pfalz im technologischen Wandel zurückgelassen wird.

Die verschiedenen Akteure und Angebote der allgemeinen und beruflichen Weiterbildung wollen wir über alle Qualifizierungsarten hinweg noch stärker vernetzen, damit sie voneinander lernen und profitieren können. Dafür sichern und stärken wir die finanzielle Ausstattung unserer Partnerinnen und Partner in diesem Bereich.

**- Was werden Sie unternehmen, damit es zukünftig wieder zur Einrichtung einer Abteilung Weiterbildung kommt?**

Die Ausgestaltung der Zuständigkeiten der Häuser werden nach der Wahl am 14. März von den Parteien, die die Landesregierung stellen in Koalitionsverhandlungen vereinbart. Angelegenheiten der internen Organisation der Häuser obliegen anschließend der jeweiligen Hausleitungen.

**- Welche Möglichkeiten sehen Sie, bürokratische Hürden und Herausforderungen zugunsten der Umsetzung innovativer Ideen in Modellprojekte im Bereich der Weiterbildung abzubauen?**

Wir arbeiten an der ständigen Verbesserung von Antrags- und Förderverfahren und sind diesbezüglich zum Beispiel in der Corona-Krise pragmatische Wege der Förderung gegangen. Wir werden uns auch künftig für einfache, klare und transparente Antrags- und Förderverfahren einsetzen und streben eine Vereinheitlichung der Verfahren an. Wir werden uns auch weiterhin für eine Erhöhung der Weiterbildungsmittel einsetzen und unser Engagement für die Weiterbildung fortsetzen.

## **Den rasanten Wandel in der Arbeitswelt organisieren**

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass sich die klassische Arbeitswelt, die wir bis dahin kannten, schnell gewandelt hat. Sie hat die Menschen und Unternehmen vor große Herausforderungen gestellt und wird die Gesellschaft, aber auch die Politik sicherlich noch weiter herausfordern und beschäftigen. Für das Kolpingwerk ist es wichtig, dass sich bei Veränderungen in der Arbeitswelt die gewohnten und allgemein bewährten Spielregeln zwischen Arbeitgeber\*innen und Arbeitnehmer\*innen nicht zu Lasten der abhängig Beschäftigten verschieben.

Die Pandemie hat uns aber auch aufgezeigt, wie schnell Lösungen auf Veränderungen erforderlich werden.

Am Beispiel "Homeoffice" können wir die rasanten Veränderungen von faktisch heute auf morgen beschreiben: mobiles, flexibles Arbeiten statt Büropräsenz - Wegfall von Pendelzeiten und Zeitgewinne - Freiwilligkeit statt einseitig, betriebliche Festlegungen etc.

Solche Veränderungen bieten Chancen, bergen aber auch Risiken.

Darüber hinaus vollzieht die Arbeitswelt besonders in den letzten Jahren einen enormen Wandel. *In der Arbeitswelt 4.0 erfordern Digitalisierung und Flexibilisierung immer mehr soziale Kompromisse. Die Arbeitsbeziehungen von Mensch und Maschine verändern sich.* Viele Tätigkeiten sind nicht mehr an einen bestimmten Ort gebunden; Arbeitszeit und Arbeitsort sind daher globaler und flexibler zu betrachten. Berufsbilder und Kompetenzanforderungen insbesondere an die Fachkräfte verändern sich stetig.

Für uns stellen sich folgende Fragen:

- **Mit welchen gesetzlichen Maßnahmen lässt sich ggf. eine Benachteiligung von abhängig Beschäftigten bei schnellen Veränderungen verhindern?**
- **Wie können Beschäftigte durch entsprechende Qualifizierungsmaßnahmen befähigt werden, sich innerbetrieblich schnell an Veränderungen anzupassen?**
- **Wie gut sehen Sie die rheinland-pfälzische Wirtschaft sowie die Beschäftigten in puncto Digitalisierung auf einer Skala von 1 bis 10 aufgestellt? (10 = optimal). Bitte begründen Sie Ihre Einschätzung.**

Rheinland-Pfalz ist ein wirtschaftlich erfolgreiches Bundesland. Unser starkes Handwerk, unser innovativer Mittelstand und unsere exportstarke Industrie sind Motoren unseres wirtschaftlichen Erfolgs. Die digitale und ökologische Transformation der Wirtschaft gehen wir als gesamtgesellschaftliche Aufgabe an. Damit Rheinland-Pfalz zum Gewinner der Transformation wird, setzen wir auf Digitalisierung, Qualifizierung und Innovationsförderung. Mit einem Transformationslosten schaffen wir eine direkte Anlaufstelle und begleiten unsere mittelständischen Betriebe in dieser herausfordernden Zeit. Weil in der Arbeitswelt der Zukunft Qualifizierung das A und O ist, haben wir die private und betriebliche Weiterbildung ausgebaut und machen die Beschäftigten fit für die Arbeitswelt von Morgen. Eine Einschätzung zur Umsetzung der Digitalisierung anhand einer Einstufung in eine Skala erscheint uns nicht zielführend und wird dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe nach unserer Auffassung auch nicht gerecht. Eine solche Einstufung würde implizieren, dass „Digitalisierung“ einfach messbar wäre, dem ist nicht so. Nach unserer Auffassung ist Rheinland-Pfalz bei der Digitalisierung in der Arbeitswelt, im Bildungsbereich, im Tourismusbereich, in der Landwirtschaft und nicht zuletzt im Bereich des Öffentlichen Dienstes mit seinen vielfältigen Aufgaben gut aufgestellt.

## **Ausweitung der verkaufsoffenen Sonntage entgegenwirken**

Für das Kolpingwerk ist die Ausweitung der verkaufsoffenen Sonntage innerhalb der letzten Jahre trotz der gesetzlichen Regelung in Rheinland-Pfalz ein Ärgernis und nicht hinnehmbar. Davon betroffen sind u. a. die Beschäftigten und deren Familien im Einzelhandel.

Bei unserem Protest geht es nicht um die Arbeit der Notdienste, die Versorgung von Alten und Kranken oder den Bus- und Bahnbetrieb, sondern um den Einzelhandel.

Unsere Ziele sind eine konsequente Einhaltung des Sonn- und Feiertagsschutzes, die Begrenzung der Ladenöffnungszeiten und endlich eine Thematisierung der Folgen einer „Rund-um-die-Uhr-Konsumgesellschaft“.

Nach unserer Auffassung muss die Sonn- und Feiertagsruhe als Tage der Arbeitsruhe die Regel sein. Für Ausnahmen sollte ein enger gesetzlicher Rahmen geschaffen werden. Das BVerwG hat diesbezüglich auch das LadÖffnG RP vergleichbar ausgelegt und festgestellt, **"dass jede Ladenöffnung an einem Sonntag eines dem Sonntagsschutz gerecht werdenden Sachgrundes bedarf."** Dem ist die **Rechtsprechung des OVG Koblenz zuletzt mit Urteil vom 04.06.2020 Az.: 6 C 11206/19** gefolgt.

Trotzdem stellen sich für uns folgende Fragen:

- **Wie kann der Trend zu immer mehr verkaufsoffenen Sonntagen gestoppt werden?**
- **Wie kann die zunehmende Ausdehnung der Arbeitszeiten in die Abende und den Samstagnachmittag begrenzt werden?**

Die SPD hat seit langem eine sehr klare Position zur Sonntagsarbeit und vertritt diese auch offensiv. Der Ausweitung von Sonntagsöffnungszeiten ohne Anlassbezug, wie er von der CDU-Landtagsfraktion mit dem Gesetzesentwurf Drucksache 17/12096 in Bezug auf die Corona-Pandemie gefordert wurde, haben wir mit aller Entschiedenheit abgelehnt. Gemeinsam mit Kirchen und Gewerkschaften sind wir uns einig, dass der arbeitsfreie Sonntag für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern einen hohen Stellenwert hat. Wer an sechs Tagen in der Woche ackert, viele sogar bis 22 Uhr, hat einen garantierten Ruhetag am Sonntag verdient. Weiteren Sonntagsöffnungen stehen wir als SPD daher äußerst skeptisch gegenüber. Die Ausdehnung der Arbeitszeiten in die Abende und den Samstagnachmittagen muss unter dem Aspekt der derzeit gültigen Gesetzeslage, dem Kaufverhalten der Bürgerinnen und Bürger sowie auch unter einer gewünschten Flexibilisierung von Arbeitszeiten durch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betrachtet werden. Klar ist, alle Arbeitszeitmodelle müssen dem Arbeitnehmerschutz, dem Gesundheitsschutz und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gerecht werden.

## Demographische Veränderungen positiv gestalten

Unsere Gesellschaft ist älter und bunter geworden!

Die Tendenzen und Trends der Bevölkerungsentwicklung sind bekannt.

Dadurch, dass unsere Gesellschaft bunter geworden ist, ist der soziale Friede gefährdet! In seiner Enzyklika „Fratelli tutti“ schreibt Papst Franziskus: „Auf verschiedene Art und Weise spricht man anderen das Recht auf Existenz und eigenes Denken ab. ... Auf diese Weise verarmt die Gesellschaft und reduziert sich auf die Selbstherrlichkeit des Stärksten.“ (15) „Worauf es ankommt, ist, Prozesse der Begegnung in Gang zu setzen, Prozesse, die ein Volk aufbauen, das die Unterschiede in sich aufnimmt. Rüsten wir unsere Kinder mit den Waffen des Dialogs aus! Lehren wir sie den guten Kampf der Begegnung!“ (217)

Das Durchschnittsalter der Bevölkerung verändert sich seit Anfang der siebziger Jahre stetig nach oben. Es sterben mehr Menschen, als geboren werden. Die Veränderungen haben soziale und ökonomische Dimensionen. Das Kolpingwerk als Sozialverband ist beispielsweise gegen eine weitere Absenkung der Rentenbeiträge und für den Aufbau von Überschüssen im Rentensystem, um für schwierige Zeiten besser gerüstet zu sein. Durch ein gerechteres Beitragssystem, wie bspw. das Sockelrentenmodell der katholischen Verbände, kann in kleinen Schritten eine gerechtere Alternative geschaffen werden. Dazu gehört auch, dass prekäre Beschäftigungsverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt durch gesetzliche Maßnahmen stärker zurückgedrängt werden müssen und endlich die Ungerechtigkeit - im Schnitt werden Frauen um 22 % schlechter entlohnt als Männer - beendet wird.

Für uns stellen sich folgende Fragen:

- **Welche Maßnahmen müssen ergriffen werden, um der Gefährdung des sozialen Friedens entgegenzuwirken und die Kultur des Dialogs weiter aufzubauen?**
- **Was kann getan werden, um Altersarmut zu vermeiden?**
- **Wie können die Sozialkassen gestärkt werden?**
- **Wie wurde das Mindestlohngesetz in Rheinland-Pfalz umgesetzt?**
- **Inwiefern / Wo wird ein Änderungs- bzw. Ergänzungsbedarf gesehen?**
- **Wie kann eine geschlechterunabhängige Entlohnung erreicht werden?**
- **Welche weiteren Rahmenbedingungen können geschaffen werden, damit Paare wieder eher bereit sind, (mehrere) Kinder zu bekommen?**

(Alle Teilfragen werden gemeinsam beantwortet, da enger Sachzusammenhang.)

Um Altersarmut zu vermeiden haben wir im Bereich der Renten die Grundrente durchgesetzt. Die Grundrente zielt darauf, Respekt und Anerkennung für langjährige Beitragsleistung zur Gesetzlichen Rentenversicherung deutlich zu machen – Arbeit soll auf jeden Fall einen Unterschied machen, auch

wenn das Verdienstniveau unterdurchschnittlich ist. Die Grundrente leistet einen Beitrag dazu, dass dieser Personenkreis ein höheres Renteneinkommen hat. Sie kann und soll jedoch nicht bedingungslos die Grundsicherung im Alter ersetzen, die bedürftige Menschen absichert, wenn entweder aus Altersgründen nicht mehr erwartet werden kann, dass ihre materielle Notlage durch Erwerbstätigkeit überwunden wird, oder dies aus gesundheitlichen Gründen dauerhaft nicht möglich ist.

Je mehr Menschen anständig verdienen, desto weniger werden in Zukunft auf eine Grundrente angewiesen sein. Es war wichtig, dass wir mit dem Mindestlohn eine Grenze nach unten gezogen haben. Wir müssen uns aber auch weiter für mehr Tarifbindung und damit bessere Lohnentwicklung einsetzen, für Teilhabe- und Qualifizierungschancen stark machen und für mehr Vollzeit, indem wir mit der Brückenteilzeit die Teilzeitfalle aufknacken. Im Ergebnis geht es darum, politische Prioritäten zu setzen. Es ist gerechter und solidarischer zu niedrige Renten zu erhöhen als den Solidaritätszuschlag für Spitzenverdiener abzuschaffen.

Überall in Europa verdienen Frauen weniger als Männer. Selbst bei gleicher formaler Qualifikation und ansonsten gleichen Merkmalen existieren nicht hinnehmbare Entgeltunterschiede. Ein klarer Hinweis auf versteckte Benachteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt, der sich auch im Alter negativ bei der Rente auswirkt.

Um der Lohnlücke entgegenzuwirken, hat die SPD auf Bundesebene bereits Maßnahmen auf den Weg gebracht. Von der Einführung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns profitieren mehrheitlich Frauen in niedrig entlohnten Dienstleistungsbereichen und in geringfügiger Beschäftigung. Mit dem Ausbau der Kinderbetreuung, dem Elterngeld und dem ElterngeldPlus sowie mit der Verbesserung der Familienpflegezeit werden Anreize für weniger und kürzere familienbedingte Erwerbsunterbrechungen und eine rasche Rückkehr in den Beruf geschaffen. Zudem werden mit dem Aktionsprogramm "Perspektive Wiedereinstieg" die Ein- und Aufstiegschancen von Frauen nach einer familienbedingten Erwerbsunterbrechung verbessert. Das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst hat eine Geschlechterquote in Aufsichtsräten eingeführt und verpflichtet große Unternehmen zu verbindlichen Zielgrößen. Ein weiterer wichtiger Schritt ist das Gesetz zur Förderung der Transparenz von Entgeltstrukturen, das seit dem 6. Juli 2017 in Kraft ist. Ziel ist es, das Prinzip "Gleicher Lohn für gleiche oder gleichwertige Arbeit" in der Praxis stärker durchzusetzen. Dafür umfasst das Gesetz einen individuellen Auskunftsanspruch, betriebliche Verfahren zur Überprüfung und Herstellung von Entgeltgleichheit und auch Berichte zur Gleichstellung und Entgeltgleichheit. Bedauerlicherweise hat der Koalitionspartner auf Bundesebene bisher verhindert, dass Betriebe erst ab 200 Beschäftigten diese Transparenz schaffen müssen. Hieran gilt es weiter zu arbeiten sowie an einer nachhaltigen Änderung der Unternehmenskultur.

## **Für eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik**

Das Kolpingwerk ruft die Kolpingsfamilien und ihre Mitglieder auf, sich aktiv mit den Kommunen, den Kirchengemeinden, den freien Initiativen und Institutionen der Wohlfahrtspflege für die Geflüchteten einzusetzen.

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken, in dem auch das Kolpingwerk vertreten ist, hat bereits vor Jahren ein umfassendes europäisches Konzept für den Umgang mit der gegenwärtigen Flüchtlingssituation gefordert, das wirksame Rettungsprogramme, ein entschiedenes Vorgehen gegen Menschenhandel und verbrecherische Schleuser, die Verbesserung der Lebensperspektiven in den Herkunftsländern und auch die gerechte Verteilung zwischen den europäischen Staaten umfassen muss.

Für uns stellen sich folgende Fragen:



**- Was hat sich in den letzten Jahren hier getan?**

Hier lautet die Antwort ganz deutlich: zu Wenig – wir brauchen einen echten Neustart des europäischen Asylsystems, geprägt von Solidarität und Verantwortung. Wir setzen uns daher auch weiterhin für eine humane Flüchtlingspolitik ein und handeln, wo wir können. Wir stehen unvermindert zu unserer Verantwortung und erneuern unsere Zusage, auch über den Verteilschlüssel der Bundesländer hinaus Flüchtlinge aus den Lagern an den EU-Außengrenzen aufzunehmen. In diesem Sinne werden wir uns weiter für ein Umdenken auf Bundesebene einsetzen. Im Rahmen einer notwendigen europäischen Lösung wollen wir zu einer nachhaltigen Veränderung beitragen und werden uns keiner Maßnahme verschließen, die zu einer Verbesserung der katastrophalen humanitären Situation in den Lagern an den EU-Außengrenzen beiträgt.

**- Welche Maßnahmen müssen in den Herkunftsländern noch getroffen werden, um die Fluchtursachen bekämpfen zu können?**

Der Schlüssel zu einer wirkungsvollen Bekämpfung von Fluchtursachen liegt in einer fairen und solidarischen europäischen Handels-, Agrar- und Fischereipolitik. Darüber hinaus muss eine wirkungsvolle Entwicklungszusammenarbeit stattfinden, die soziale und ökologische Ziele mit wirtschaftlichen Zielen gleichsetzt. Hierfür setzt sich die SPD im Land, im Bund und in Europa ein.

**- Welche Änderungen in der eigenen Handels-, Wirtschafts- und Finanzpolitik sind angezeigt?**

Hierbei handelt es sich um Fragen eines politischen Strategiewechsels auf höchster zwischenstaatlicher Ebene, die letztlich die Entwicklung der gesamten EU maßgeblich bestimmen. Unsere Handlungsoptionen als SPD Rheinland-Pfalz sind hier natürlich absolut begrenzt. Wir sind allerdings der klaren Überzeugung: Eine langfristig tragbare EU-Politik in den Bereichen Handel, Wirtschaft, Landwirtschaft und Finanzen muss eine eigenständige Entwicklung des globalen Südens ermöglichen. In allen genannten Bereichen besteht in diesem Sinne Handlungsbedarf.

**- Was muss sich in der Entwicklungszusammenarbeit auf der politischen Ebene verändern, damit Wirkungen in den Herkunftsländern erzielt werden können?**

Wie die Handels-, Wirtschafts-, Agrar- und Finanzpolitik muss Entwicklungszusammenarbeit nachhaltige Verbesserungen in den Partnerländern vor allem des globalen Südens erzielen – wirtschaftlicher, ökologischer und gesellschaftlicher Natur. Auch hier ist der Adressat die Ebene der EU und der Nationalstaaten, an die wir unsere Vorstellungen adressieren. Ziel muss es sein, langfristig tragfähige Strukturen in Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu etablieren, die als Stabilitätsanker und Motor für eine offene, demokratische Gesellschaft, die Wahrung von Menschenrechten sowie Wohlstand und Wachstum fungieren.

## **Internationale Verantwortung wahrnehmen - wirksames Lieferkettengesetz verabschieden**

Das Kolpingwerk Deutschland sowie KOLPING INTERNATIONAL haben sich deshalb der „Initiative Lieferkettengesetz“ angeschlossen, einem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis von zahlreichen Menschenrechts-, Entwicklungs- und Umweltorganisationen, Gewerkschaften und kirchlichen Akteur\*innen, das sich im September 2019 gegründet hat.

Das Bündnis fordert ein wirksames Lieferkettengesetz, denn Unternehmen, die Schäden an Mensch und Umwelt in ihren Lieferketten verursachen oder in Kauf nehmen, müssen dafür haften. (Selbstverpflichtung)

Das Kolpingwerk fordert zusätzlich ein Gesetz, das nicht nur für die ganz großen Unternehmen gilt. Es muss mindestens für alle Unternehmen ab 250 Mitarbeitenden gelten und in Sektoren mit großen Menschenrechtsrisiken – etwa der Textilbranche, der Auto- oder Chemieindustrie – auch noch kleinere Unternehmen ins Auge fassen.

Erst eine gesetzliche Regelung schafft gleiche Produktionsbedingungen für alle Unternehmen und garantiert somit Wettbewerbsgleichheit. Denn die bisherige freiwillige Selbstverpflichtung erwirkt genau das Gegenteil: Aktuell haben diejenigen Unternehmen, die sich nicht an den Standards orientieren und diese unterlaufen, einen Wettbewerbsvorteil bei den Produktionskosten. Im Ergebnis führt das zu ungleichen Wettbewerbsbedingungen. Das ist sowohl wettbewerbsverzerrend als auch sozialetisch verwerflich.

Das Kolpingwerk begrüßt deshalb auch die Initiative der Bundesregierung, sich im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft für einen EU-Aktionsplan zur Stärkung der Unternehmensverantwortung in globalen Lieferketten einzusetzen, der menschenrechtliche, soziale und ökologische Standards und Transparenz fördert und sicherstellt. Ein deutsches Lieferkettengesetz würde helfen, den Prozess auf europäischer Ebene voranzutreiben und aktiv mitzugestalten. Wir fordern deshalb, dass es noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet wird.

Das Kolpingwerk teilt die Auffassung des Bundesentwicklungsministers Dr. Gerd Müller, der davon sprach: "Die Ausbeutung von Mensch und Natur sowie Kinderarbeit darf nicht zur Grundlage einer globalen Wirtschaft und unseres Wohlstandes werden."

Für uns stellen sich folgende Fragen:

- **Wie stehen Sie zu unseren Forderungen?**

- **Sofern ein Lieferkettengesetz bereits verabschiedet wurde: Wo sehen Sie einen Änderungs- und Anpassungsbedarf?**

(Beide Teilfragen werden gemeinsam beantwortet, da enger Sachzusammenhang.)

Für uns steht außer Frage: Schluss mit Ausbeuterischer Kinderarbeit, Hungerlöhnen, Umweltschäden. Und: Schluss mit reiner Freiwilligkeit. Wie auch die SPD auf Bundesebene, die maßgeblich für den derzeit dort laufenden Prozess rund um ein deutsches Lieferkettengesetz verantwortlich zeichnet, sehen wir, dass Unternehmen Ihrer menschenrechtlichen Verantwortung nicht immer von alleine hinreichend nachkommen. Ein Lieferkettengesetz auf Bundesebene unterstützen wir daher ausdrücklich! Nach dem Willen der SPD, sollen demnach künftig in Deutschland ansässige Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten dazu verpflichtet werden, ihrer Verantwortung in den Liefer- und Wertschöpfungsketten nachzukommen: Sie müssen dann sicherstellen, dass die Menschenrechte bei all ihren Aktivitäten gewahrt sind und sie im Ernstfall eingreifen können.

Da auch wir finden, dass Deutschland mit Blick auf die Prozesse auf EU-Ebene eine Vorbild- und Zugpferdfunktion einnehmen sollte, wollen auch wir, dass das Gesetz noch in dieser Legislaturperiode im Bund verabschiedet wird. Dass das Vorhaben gerade vor wenigen Tagen erneut von CDU-Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier blockiert wurde, soll uns nicht entmutigen.

## **Für eine nachhaltige und gerechte Klima- und Strukturpolitik**

Die Bewahrung der Schöpfung ist ein Thema, das viele Menschen in unserem Verband bewegt.

Nach unserer Auffassung muss staatliches Handeln zwingend die Schaffung von Strukturen zum Schutz unserer Lebensgrundlagen zum Ziel haben. Die Herstellung unserer regionalen Zukunftsfähigkeit sehen wir auch als Beitrag für unsere "EINE Welt". Wir sehen es als unabdingbar an, dass

- die Klimaziele des Pariser Abkommens, insbesondere die 1,5 Grad Begrenzung, Grundlage aller Entscheidungen sein muss;
- der Klimaschutz zwingend mit einer innovativen Energiewende verzahnt werden muss;
- die Mobilität der Bürger\*innen unter Klimaaspekten beurteilt werden muss; der allgemeine Trend zur Urbanisierung und Verstädterung gestoppt werden muss, um z. B. bezahlbaren Wohnraum in den Städten wieder zu erreichen. Gleichzeitig ist der ländliche Raum zu stärken, damit eine Gegenbewegung entstehen kann. Parallel dazu sind Investitionen in den ÖPNV, in



den Ausbau der Radinfrastruktur Beispiele, die helfen können, eine Mobilitätswende zu erreichen.

- alle hergestellten Produkte umwelt- und sozialverträglich, langlebig und recycelbar sein müssen. Öffentliche Beschaffungen müssen dabei diese Standards zwingend berücksichtigen.
- öffentliche Finanzhilfen, die auch zur Abfederung der Corona-Krise gewährt werden, nicht zu erneuten Fehlsteuerungen wie bei der Finanzkrise 2008/2009 führen dürfen (z. B. Konjunkturpaket II - Abwrackprämie).

Für uns stellen sich folgende Fragen:

**- Welche Maßnahmen müssen ergriffen werden, um hier eine Trendwende zu erreichen?**

Die von Ihnen angesprochenen Themenfelder – Klimaschutz, Mobilität, Sozialstandards, Finanz- und Wirtschaftspolitik – umspannen letztlich die Gesamtheit des Handelns eines Staates. Wir sind uns unserer Verantwortung und unserer Einflussmöglichkeiten als Bundesland Rheinland-Pfalz bewusst und setzen hier Maßnahmen um, um die Zukunftsfähigkeit unserer hier – und hoffentlich darüber hinaus – zu verbessern.

Im Bereich Mobilität wollen wir folgende Maßnahmen ergreifen:

Für uns als SPD ist klar: die moderne Verkehrswelt muss erschwinglich und für alle zugänglich, nachhaltig und rohstoffarm, schnell und komfortabel sein – egal ob im ländlichen oder im urbanen Raum.

All das entscheidet über die ökologische, ökonomische und soziale Zukunftsfestigkeit unserer Mobilität.

Wir brauchen passgenaue und attraktive Angebote für Jeden. Wir als SPD haben bereits für die Modernisierung und für eine Ausweitung der Verkehrsinfrastruktur in Rheinland-Pfalz gesorgt, denn wir wissen, dass diese Investition auch immer eine Investition in den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz ist. Mit dem neuen Nahverkehrs-gesetz schaffen wir einen verkehrspolitischen Meilenstein für Rheinland-Pfalz: als erstes Bundesland werden wir den ÖPNV zur kommunalen Pflichtaufgabe machen und damit auf ein sehr starkes Fundament stellen. Wir wollen unsere Verkehrsinfrastruktur weiter konsequent modernisieren und unser Land zum Mobilitätsvorreiter machen.

Unser Ziel ist es, Mobilität möglichst umweltfreundlich, dabei aber für alle Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer bezahlbar und flächendeckend barrierefrei zu ermöglichen. Wir sind überzeugt: eine moderne Mobilität muss Verkehr als integriertes System verstehen, um individuellen Bedürfnissen gerecht zu werden. Wir treten ein für ein leistungsfähiges, multimodales Infrastrukturnetz, das den sich wandelnden Ansprüchen unserer Unternehmen auch in Zukunft Rechnung trägt.

Wir wollen eine neue Mobilitätskultur schaffen. Negative Auswirkungen des Individualverkehrs wie Stau und Lärm, die Diskussion um Umweltbelastungen und die Frage nach Komfort bringt die Bevölkerung momentan zum Umdenken. Auch die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass wir Mobilität neu denken müssen. Durch das Mehr an Home-Office gab es weniger Notwendigkeit, mobil zu sein und somit insgesamt weniger Verkehr. Dieses Umdenken müssen wir nutzen, um eine neue Mobilitätskultur zu schaffen.

Klimafreundliche Alternativen wie den Radverkehr, ÖPNV, SPNV und Elektromobilität wollen wir gezielt ausbauen und fördern. Dies wollen wir Hand in Hand mit den Kommunen umsetzen, die wir bei der Erfüllung dieser zentralen Aufgaben finanziell unterstützen wollen. Dafür brauchen wir auch hohe Investitionen in unser Straßennetz.

Wir nutzen die Chancen der Digitalisierung bei der Weiterentwicklung der Mobilität. Sie ermöglicht individualisierte und umweltschonende Konzepte. Wir wollen eine intelligente Nutzung und Verzahnung von heute noch konkurrierenden Verkehrsmitteln. Alternative Verkehrskonzepte und bürgerschaftlich organisierte Mobilitätsangebote (z.B. Car Sharing, Mitfahrgelegenheiten, Bürgertaxen, Radmietsysteme/Leitsysteme aber auch unsere erfolgreichen Bürgerbusse) sind eine wichtige Ergänzung zu ÖPNV und SPNV. Diese Modelle benötigen digitale Unterstützung, die wir etablieren wollen.

Im Bereich Klimaziele und Klimaschutz wollen wir folgende Maßnahmen ergreifen:

Der Kampf gegen die Klimakrise ist die größte Herausforderung unserer Zeit. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind davon überzeugt: der Klimawandel wurde von uns Menschen verursacht, er kann auch von uns Menschen gestoppt werden. Wir bekennen uns zum Pariser Klimaschutzabkommen und wollen unseren Beitrag zur Einhaltung unseres Zieles der Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius leisten. Für Rheinland-Pfalz nehmen wir uns ein sehr ehrgeiziges Ziel vor und streben als eines der ersten Bundesländer vollständige Klimaneutralität bis 2040 an.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen außerdem eine Klimaschutzpolitik, die sicherstellt, dass Reichere nicht auf Kosten von Ärmeren und wir nicht auf Kosten der kommenden Generationen leben. Deshalb setzen wir in Rheinland-Pfalz darauf, dass Bürgerinnen und Bürger die Energiewende gestalten und an den Erträgen teilhaben können. Wir fühlen uns daher einer wirksamen Klimaschutzpolitik verpflichtet – aus Verantwortung gegenüber unserer Natur, den Menschen in anderen Teilen der Welt und gegenüber den nach uns lebenden Generationen. Wir wollen eine Energiewende, die für alle finanzierbar ist mit dem Dreiklang „Energieeinsparung – Energieeffizienz – Erneuerbare Energien“.

Zur Erreichung unserer ehrgeizigen Klimaziele setzen wir als SPD auf die Kraft der Erneuerbaren Energien. Wind, Sonne, Wasserkraft oder Biomasse sind bereits jetzt wichtige Stromlieferanten für unser Land. Inzwischen stammt jede zweite hierzulande erzeugte Kilowattstunde Strom aus Erneuerbaren Energien. Unser Ziel ist es, diese umweltfreundliche Energiequelle im Einklang mit dem Landschafts- und Naturschutz, dem Schutz der Kulturlandschaft sowie den Bedürfnissen der Bevölkerung weiter deutlich auszubauen. Wichtige Bestandteile unseres Konzepts sind Beteiligungen der Bürgerinnen und Bürger, z.B. über Genossenschaften, und regionale Energiekonzepte.

Konkret vorantreiben wollen wir die Nutzung von Sonnenenergie (Photovoltaik, Solarthermie, etc), indem wir die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass der Ausbau zügig vorangeht und von vielen Eigenheimbesitzerinnen und -besitzern, Mieterinnen und Mietern, Unternehmerinnen und Unternehmern sowie im öffentlichen Bereich unbürokratisch genutzt werden kann. Auch die Windkraft wird in unserem Land weiterhin eine zentrale Rolle spielen. Der Anteil der Windenergie entspricht heute einem Drittel der gesamten Stromerzeugung. Wir wollen Rahmenbedingungen so verändern, dass zusätzliche Standorte möglich werden, um noch vorhandene Potentiale auszuschöpfen. Hier gilt es, die Genehmigungsverfahren anzupassen. Insbesondere beim Austausch von bestehenden Anlagen durch neuere und effizientere Anlagen (Repowering) sehen wir großes Potential. Sonderbauflächen beidseits der Auto- und Eisenbahntrassen können hier ebenfalls eine gute Option sein.

Auch die Kommunen können ihren Beitrag leisten, indem sie eigene Klimaschutzkonzepte erstellen und umsetzen und ihre Bebauungspläne so erstellen, dass der Einsatz Erneuerbarer Energien Standard wird. Moderne Speichertechnologien können dazu beitragen, effizienter mit der erzeugten Energie umzugehen, auch im Bereich der Energieeinsparung liegt noch viel Potential, ebenso in der Kraft-Wärme-Kopplung in der Industrie. Ein weiterer wichtiger Faktor im Bereich der Erneuerbaren Energien ist die Produktion von grünem Wasserstoff aus heimischen Erneuerbaren Energien für die Energiespeicherung und für die Mobilität. Wir fördern dafür innovative Speichertechnologien (Power-to-Heat, Power-to-Gas, Batterien, etc.) und setzen auf Hocheffizienztechnologien wie die Kraft-Wärme-Kopp-

lung, um die dezentrale Stromversorgung auszubauen. Power-to-Heat-Technologien sollen in die Wärmenetzinfrastrukturen integriert werden, damit erneuerbare Wärme zu Zeiten negativer Strompreise in die Netze eingekoppelt werden kann. Hierzu bedarf es einer Entlastung der Stromkosten.

Im Bereich Nachhaltigkeit wollen wir folgende Maßnahmen ergreifen:

Die Beachtung nachhaltiger Prinzipien ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nahezu alle Lebensbereiche umfasst. Mit nachhaltigem Verhalten wollen wir unsere natürlichen Ressourcen bewahren und für die nachfolgenden Generationen erhalten.

Dies schließt eine ganze Reihe von Maßnahmen ein, von der oben beschriebenen Energiewende hin zu Erneuerbaren Energien über klimaneutrales Wirtschaften, Boden- und Gewässerschutz, den Erhalt der Artenvielfalt bis hin zu Müllvermeidung und Recycling.

Die Landesregierung beschreibt ihre Nachhaltigkeitsziele in den sechs Prinzipien nachhaltiger Entwicklung, die zum Grundsatz haben, nachhaltige Entwicklung als Leitprinzip konsequent in allen Bereichen und bei allen Entscheidungen anzuwenden. Diese Leitlinien umfassen auch, die Rohstoffproduktivität bis 2013 gegenüber 2000 um 70 % zu steigern, was nur durch Stärkung der Kreislaufwirtschaft zu erreichen ist. Angestrebtes Ziel ist eine Schließung der Stoffkreisläufe über die gesamte Wertschöpfungskette hinweg. Dazu setzen wir uns auch für mehr Produktverantwortung seitens der Hersteller ein, da diese Abläufe von Anfang an eingeplant werden müssen. Eine Erhöhung der Recyclingquote und die Vermeidung von Plastik(müll) gehören ebenfalls dazu.

Im Bereich staatlicher Hilfen gilt für uns:

In einem Ausmaß, wie selbst die Finanzkrise es nicht ausgelöst hat, hat die Corona-Pandemie den Staat veranlasst, Wirtschaft und Kommunen und seine Bürgerinnen und Bürger finanziell zu unterstützen. Das milliardenschwere Netz aus Soforthilfen, steuerliche Erleichterungen, Kreditprogrammen und Unterstützungszahlen hat – davon sind wir überzeugt – im bisherigen Verlauf der Krise dazu beigetragen, zahlreiche wirtschaftliche und private Existenzen zu schützen. Anders als dies in Reaktion auf die Finanzkrise der Fall war, wurde auch die gesellschaftliche Dimension nicht zu Gunsten einer reinen Fokussierung auf die Wirtschaft vernachlässigt. Als Stichworte seien hier etwa Kinderbonus und Kulturmilliarde des Bundes oder das Rettungspaket für Jugendherbergen und Naturfreundhäuser und die gezielte Unterstützung für Familienbildungsstätten und Häuser der Familie genannt. Bisher, so finden wir, kann man sagen, wurden Fehler der Vergangenheit insofern nicht wiederholt (Stichwort Abwrackprämie). Für uns ist klar: Wir müssen weiter darauf achten, dass dies so bleibt und uns gegen entsprechende Reflexe, wie wir sie aus dem konservativen Lager immer wieder wahrnehmen, wehren. Mit uns als SPD wird es kein Zurück in alte Muster geben – wir stehen für einen starken, verantwortungsvollen Staat, der gerade auf dem Weg aus der Krise progressive Impulse setzt, statt den alten Status quo um seiner selbst willen wiederherzustellen.

**- Wie gut sehen Sie derzeit Rheinland-Pfalz auf einer Skala von 1 bis 10 aufgestellt (10 = optimal aufgestellt)? Bitte begründen Sie Ihre Einschätzung.**

Wir sind überzeugt, wir haben in Rheinland-Pfalz einiges erreicht, auf das wir stolz sein können. Wo wir noch besser werden müssen, haben wir vielfach bereits die richtigen Weichenstellungen vorgenommen. Bei den großen Zukunftsfragen Klimawandel, Nachhaltigkeit und sozialökologische Transformation unserer Wirtschaft haben wir klare Visionen formuliert und arbeiten engagiert mit unseren Partnerinnen und Partnern aus Wirtschaft und Gesellschaft daran, dass Rheinland-Pfalz zum einen positiv aus der aktuellen Phase des Wandels hervorgeht und dass wir zum anderen zu positiven Veränderungen über unsere Landesgrenzen hinaus beitragen können. Dies vorausgeschickt und unter der Annahme, dass das obere Ende der Skala einen Zustand darstellt, der derzeit von keinem erreicht werden kann und auch wir noch ein ganzes Stück besser werden können, geben wir Rheinland-Pfalz eine 7 – verbunden mit der Zusage, dass die Antwort fünf Jahren noch besser ausfällt.

## Arbeitsschutz – Werkverträge

Werkverträge sind seit dem 1. Januar 2021 nicht mehr möglich. Wir begrüßen, dass Leiharbeit ab dem 1. April 2021 in der Fleischwirtschaft verboten wird. Dies kann nur ein Einstieg sein.

Das Kolpingwerk Landesverband Rheinland-Pfalz begrüßt die Gesetzesänderung zum Arbeitsschutzkontrollgesetz, mahnt jedoch gleichzeitig an, die betrieblichen Kontrollen in dieser Branche zu verstärken. Die Erforderlichkeit von Werkverträgen auch in anderen Branchen muss nach unserer Auffassung generell auf den Prüfstand. Dabei müssen Fragen

- zur Vermeidung von Lohndumping
- zum Arbeitsschutz
- zur Stärkung der Rechte von Beschäftigung
- zur Stärkung der sozialen Sicherungssysteme
- zur Verbesserung der Mitbestimmung in den Unternehmen
- zu einer Anpassung des Lohnes für die regulär Beschäftigten

auf die Tagesordnung.

Für uns stellen sich folgende Fragen:

- **Wie stehen Sie zur Begrenzung oder gar Abschaffung der Leiharbeit generell?**
- **In welchem zeitlichen Rahmen sollen Ihrer Meinung nach Veränderungen eintreten?**

Die Ziele der SPD sind im Bereich der Leiharbeit, bzw. Arbeitnehmerüberlassung klar definiert. Die SPD steht für gleiches Geld für gleiche Arbeit, für die Verhinderung dauerhafter Schlechterstellung von Leiharbeitern und für mehr Übernahmen von Leiharbeitern in Festanstellung. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung war das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz das am 1. April 2017 in Kraft getreten ist. Die bisher gültige Einsatzdauer von bis zu 18 Monaten muss unseres Erachtens weiter gekürzt werden und Schlupflöcher im Gesetz geschlossen werden (Verhinderung von Zeitarbeiter-Pools, deren Mitglieder einen Arbeitsplatz rotierend besetzen sowie eine gesetzliche Neu-Regelung, die ausdrücklich arbeitnehmerbezogen und nicht arbeitsplatzbezogen ist).